

Sehr geehrte UnterstützerInnen!

Krensdorf, im November 2008

Langsam aber sicher geht diese Periode meiner Arbeiterkammerrat-Tätigkeit zu Ende. Wie Sie wahrscheinlich aus den Medien erfahren haben, wird in der Zeit vom 23. – 31. März 2009 die Vollversammlung der Arbeiterkammer Burgenland neu gewählt.

Ich möchte dieses Schreiben nützen, um Sie in aller Kürze über die vergangenen viereinhalb Jahre zu informieren.

Das Wahlergebnis 2004 im Burgenland brachte folgendes Ergebnis:

FSG	71,3% (+ 7,3%)	37 Mandate
ÖAAB	22,7% (- 4,1%)	11 Mandate
FA	3,3% (- 3,8%)	1 Mandat
AUGE/UG	2,7% (+ 0,5%)	1 Mandat (Stimmen 2000: 709; 2004: 1054 = + 49%)

Von Mai 2004 bis November 2008 fanden insgesamt 10 AK-Vollversammlungen statt. Zu diesen Vollversammlungen hatten die einzelnen Organisationen die Möglichkeit, Anträge im Interesse der Mitglieder einzubringen.

Insgesamt wurden 206 Anträge und Resolutionen eingebracht. Von der FSG 81, ÖAAB 55, FA 12 und AUGE/UG **58**. (Im Verhältnis zu den Mandaten, habe ich für die AUGE/UG mit Abstand die meisten Anträge und Resolutionen an die Vollversammlung herangetragen). Klar ist, dass die FSG mit ihrer absoluten Mehrheit alle Ihre Anträge auch beschlossen bekam. Anders bei den Anträgen der AUGE/UG. Da wurde von der FSG doch der eine oder andere Antrag abgelehnt oder zur weiteren Behandlung an die Ausschüsse, bzw. Vorstand zugewiesen. (Schade war es um den AUGE/UG Antrag, der sich mit der Förderung von Erneuerbaren Energien befasste. Von der Vollversammlung abgelehnt, wurde wenige Monate später ein ähnlich lautender Antrag vom Burgenländischen Landtag beschlossen – wir waren anscheinend unserer Zeit voraus. Abgelehnt durch den roten AK Vorstand wurde auch unser Antrag, welcher forderte, dass Burgenländische AK-Mitglieder Rechtsschutz durch die AK erhalten, wenn sie sich gegen die zwangsweise Einhebung der GIS-Gebühren wehren. Hier gibt es offensichtlich politische Interessen, die über die Mitglieder Interessen stehen). Auch unser Antrag, das AK-Gesetz zu demokratisieren, wurde von FSG und ÖAAB abgelehnt. Wir halten es für äußerst undemokratisch, dass die Anzahl der notwendigen Unterstützungserklärungen im Ganzen Bundesgebiet bei 300 liegt. In Wien z.B. sind mehr als 700.000 Menschen Arbeiterkammerwahlberechtigt. Im Burgenland sind es nur ca. 70.000! Also ein Zehntel. Einig waren sich rote und schwarze AK-Funktionäre, wie es darum ging, den AUGE/UG Antrag abzulehnen, der zum Inhalt hatte, dass die Funktionsgebühren für die AK-Funktionäre zu senken, bzw. für Vizepräsidenten und Vorsitzende von Ausschüssen gänzlich abzuschaffen seien. Dieser Antrag wurde am 28. Oktober 2008 von rot und schwarz einstimmig abgelehnt!

Nicht vorenthalten möchte ich auch meine erhaltenen Aufwandsentschädigungen (Taggeld, Km-Geld). Von 2004 bis 2007 wurden insgesamt 879,32 € ausbezahlt. Dem stand ein Aufwand in Höhe von 2.062,02 € gegenüber. Das Minus in Höhe von 1.182,70 € konnte ich steuerlich geltend machen, so dass tatsächliche Aufwendungen von ca. 800 € blieben. 2008 ist noch nicht abgerechnet.

Auch die AUGE/UG erhielt aus dem AK Topf Gelder. Diese Mittel wurden für verschiedene Veranstaltungen, Aussendungen, Spenden, Telefonkosten und für Rechtsberatung verwendet. Ein großer Teil wurde für den Wahlkampf 2009 zurückgelegt.

Womit wir bei den kommenden AK-Wahlen wären. Sie haben sich im Jahr 2004 dankenswerter Weise bereit erklärt, die AUGE/UG mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen. Auch für die kommenden Wahlen benötigen wir wieder mindestens 300 Unterstützungserklärungen um antreten zu können. Diese Anzahl ist eine große Hürde, welche wir hoffen mit Ihrer Unterstützung zu überwinden. Sie können die AK Tätigkeit der AUGE/UG aber auch aktiv unterstützen. Wie? Indem Sie selbst zur Wahl antreten. **(Erklärung als WahlwerberIn liegt bei)** Stichtag ist der 01. Dezember 2008.

Wofür steht nun die AUGE/UG?

Seit vielen Jahren machen wir darauf aufmerksam, dass ArbeitnehmerInnen zunehmend auf der Strecke bleiben, dass Ihnen ein gerechter Teil am Vermögenszuwachs vorenthalten wird, sie dafür aber eine immer größer werdende Steuerlast zu tragen haben. Die zum überwiegenden Teil von Sozialdemokratischen Funktionären – die in der Regel auch Parteifunktionen innehaben – beherrschten AK-Länderkammern haben unsere Warnungen ignoriert und die Interessen der SPÖ vorangestellt.

Wir fordern: Umverteilung jetzt! Mehr Steuergerechtigkeit durch Abbau der kalten Progression! Steuerreform muss auf 2009 vorgezogen – ArbeitnehmerInnen müssen entlastet werden!

In Österreich steigt Jahr für Jahr die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten. Sicher, oft ist Teilzeitarbeit eine Möglichkeit Beruf und Privatleben unter einem Hut zu bringen. Andererseits bedeutet dies aber auch zwangsläufig weniger Einkommen.

Wir fordern: Einkommen aus Teilzeit darf nicht ins Bodenlose fallen! Teilzeitarbeit darf nicht zur Gefahr von Sozial- und Lohndumping werden! Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von € 7,50 pro Stunde!

Österreich ist laut Verfassung eine Demokratie. Auf betrieblicher Ebene endet die Demokratie aber bei der Eingangstür. Auch in den Institutionen, wie ÖGB oder aber auch Arbeiterkammer, ist es mit der gelebten Demokratie nicht weit her.

Wir fordern: Mehr Mitsprache am Arbeitsplatz. Mehr Demokratie in ÖGB und AK. Gerade die beiden ArbeitnehmerInnen-Vertretungen verhalten sich gegenüber ihren MitarbeiterInnen nicht immer Vorbildlich.

Dies sind nur einige unserer Schwerpunkte, die wir versuchen werden – mit **Ihrer** Hilfe – einer Umsetzung näher zu bringen.

Dafür müssen wir aber stärker werden! Mit Ihrer Unterstützungserklärung, oder sogar mit einer Kandidatur, können Sie ein Zeichen setzen.

Mit freundlichem Gruß



Hedenig Anton

Ps: Falls Sie keine Briefmarke zur Hand haben, können Sie das beiliegende Rück-Antwortkuvert selbstverständlich mit dem Vermerk „Porto zahlt Empfänger“ an mich senden. Bitte so rasch als möglich. Besten Dank im Voraus.